FACTSHEET

Kohleabbau in eMalahleni, Südafrika

Die problematischen Steinkohleimporte deutscher Energiekonzerne

Energieversorger in Deutschland nutzen nach wie vor große Mengen an Steinkohle aus Ländern, in denen die Menschenrechtssituation in den Abbaugebieten schlecht ist. Mittlerweile suchen sie zwar das Gespräch mit Betroffenen vor Ort. Minenbetreiber müssen aber immer noch keine Konsequenzen fürchten.

Ende kommenden Jahres endet der Steinkohleberbau in Deutschland. Steinkohle wird aber auch dann noch in Deutschland verfeuert werden: für Gießereien, die Stahlindustrie und vor allem, um Strom und Wärme in Kraftwerken zu produzieren. Etwas mehr als ein Sechstel des Stroms in Deutschland wurde im vergangenen Jahr mithilfe von Steinkohle hergestellt.

Wegen des nahenden Endes des Steinkohlebergbaus, stammt die hierzulande verwendete Steinkohle vorwiegend aus dem Ausland. 53,8 Millionen Tonnen wurden nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr importiert. Die Menge ist zwar gegenüber den beiden vergangenen Jahren leicht zurückgegangenen, sie liegt aber immer noch 36 Prozent über dem Wert von 2010. Deutschland ist damit größter Steinkohle-Importeur in Europa. Den Großteil der Kohle hat Deutschland im vergangenen Jahr aus Russland bezogen. Hierher stammte rund ein Drittel der Kohle. Die nächstgrößeren Importländer waren Kolumbien (20 Prozent), die USA (17 Prozent), Australien (12 Prozent) und Südafrika (4 Prozent).

Das Importvolumen nach Hamburg ist in den vergangenen Jahren gestiegen. 2016 hat es erstmals die Marke von sieben Millionen Tonnen überschritten, berichtet die Hafen Hamburg Marketing e.V. In den ersten drei Monaten dieses Jahres waren es sogar schon 2,25 Millionen Tonnen, die im Hamburger Hafen als Import umgeschlagen wurden – ein Plus von über 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese Kohle stammte aus Russland, den USA und Polen, wie aus vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht.

Kohlbergbau in Kolumbien und Südafrika fördert menschenrechtliche Probleme

Zwei der bedeutenden Importländer sind mit Blick auf die Menschenrechtssituation in ihren Bergbauregionen besonders problematisch: Kolumbien und Südafrika. Hier verseucht der

MISEREOR
IHR HILFSWERK

_Factsheet_Steinkohleimporte_1706.indd 1 27.06.17 10:15

Kohlebergbau vielerorts Flüsse und Grundwasser mit Schwermetallen – zulasten der Trinkwasserversorgung und der Landwirtschaft. Durch Schadstoffe in der Luft leiden Menschen unter Atemwegserkrankungen. Zudem geht wertvolles Agrarland für den Bergbau verloren, das eigentlich zur Ernährungssicherung gebraucht würde. Wegen der Kohleminen werden außerdem viele Gemeinden umgesiedelt – und das häufig, ohne dass sie ausreichend konsultiert und entschädigt werden.

In Kolumbien zeigt sich das zum Beispiel im Bundesstaat La Guajira. Hier, im Nordosten des Landes, leiden die Menschen unter Wasserknappheit. In den vergangenen Jahren hat es immer weniger geregnet, das Wetterphänomen El Niño hat

Foto: Till Mayer / MISEREOR

Spielende Kinder in einer Siedlung mitten in der Kohleabbauregion La Guajira, Kolumbien

die Situation noch verschlimmert. „Dramatisch verstärkt wird die Trockenheit jedoch insbesondere durch den größten Kohletagebau in Lateinamerika, Cerrejón, der gravierende Umweltauswirkungen mit sich bringt“, sagt Jomary Ortegon, Präsidentin des MISEREOR-Partners „Corporación Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo“ (CCAJAR). Beim Abbau der Steinkohle würden die wasserführenden Schichten in der Erde und damit die Wasserreserven zerstört, der Grundwasserspiegel sinke immer weiter, das Wasser werde verschmutzt, berichtet Ortegon. Laut CCAJAR verbraucht Cerrejón täglich 17 Millionen Liter Wasser. Dagegen müssen die Bewohner in der Region mit nur 0,7 Liter am Tag auskommen. So trägt der Kohlebergbau zum Wassermangel bei – und damit zu Unterernährung und zum Hungertod von Kindern in der Region, wie MISEREOR im vergangenen Jahr bekannt machte.

Die Auswirkungen durch den Kohlebergbau in Kolumbien gehen aber noch weit darüber hinaus: Wenn sich Menschen vor Ort gegen den Bergbau einsetzen, werden sie massiv bedroht. Drei Morde gab es bereits seit September 2016. So wie zum Beispiel in der Region César. Hier leiden die Bewohner der Gemeinde El Hatillo seit langer Zeit unter den Umweltbelastungen durch den Bergbau. Sie sollen, genauso wie die Bewohner von zwei weiteren Gemeinden, zwangsweise umgesiedelt werden. Die Gemeinde verhandelt seit 2010 mit den beiden Bergbau-Unternehmen Drummond und Prodeco, die in der Region Kohle abbauen, über einen sozial gerechten Umsiedlungsplan. Der Kolumbianer Aldemar Parra hat sich für die Rechte der Gemeinde El Hatillo stark gemacht – im Januar 2017 wurde er ermordet. Drummond und Prodeco haben den Mord des Gemeindeführers zwar offiziell verurteilt – aber das Verbrechen ist bisher straffrei geblieben. Insgesamt sind in der Region César zwischen 2012 und 2016 mehr als 200 Menschen Opfer von Gewalt, Drohungen und Einschüchterungen geworden, wie eine Studie der niederländischen Organisation Pax zeigt. In vielen Fällen hätten die Täter angegeben, die Interessen der Kohlekonzerne zu verteidigen. Diese streiten die Vorwürfe ab.

In Südafrika stammt ein Großteil der Kohle für den Export aus der Provinz Mpumalanga. Auch hier wirkt sich der Bergbau massiv auf die Umwelt und die Menschen aus. Saure Grubenabwässer, mit Schwermetallen angereicherte Säuren, setzen sich in Regionen mit starkem Bergbau in der Erde ab und gelangen von dort aus ins Trinkwasser. Viele Seen und Flüsse in der Region rund um die Stadt eMalahleni sind bereits stark verschmutzt. Eine Studie des Centre for Environmental Rights in Kapstadt hat gezeigt, dass der Bergbau für die schlechte Wasserqualität des wichtigsten Flusses in der Region, den Olifants River, verantwortlich ist. Dabei sind die Flüsse und Seen in der Region enorm wichtig, denn nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat einen eigenen Wasseranschluss.

Viele Menschen in der Region leiden zudem an Atemwegserkrankungen, weil Kohleminen und Kohlekraftwerke die Luft mit Schadstoffen belasten. Davon sind insbesondere Kinder und ärmere Menschen ohne Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen betroffen. Darüber hinaus mussten viele Menschen ihr Ackerland abgeben, wenn Agrarland in Bergbauland umgewandelt wurde. Davon sind nicht nur die Besitzer des Landes betroffen, hat die MISEREOR-Studie „Wenn nur die Kohle zählt“ zu Menschenrechten im südafrikanischen Kohlesektor im vergangenen Jahr verdeutlicht. Es trifft genauso Familien, die auf dem Land gelebt und dort ihre Nahrungsmittel angebaut haben. Wenn sie wegziehen müssen, steht ihnen häufig kein Ackerland mehr zur Verfügung, um Obst oder Gemüse für sich oder den Verkauf anzubauen.

Große Energieversorger nutzen Steinkohle aus Kolumbien und Südafrika

EnBW, RWE, Steag, Vattenfall und das Unternehmen Uniper, das durch die Abspaltung von E.ON entstanden ist, sind die fünf großen Stromversorger in Deutschland, die Steinkohle

_Factsheet_Steinkohleimporte_1706.indd 2 27.06.17 10:15

verfeuern. Sie alle haben im Jahr 2016 ihren Brennstoff unter anderem aus Kolumbien und Südafrika bezogen:

- **EnBW:** Kolumbien: 1,7 Millionen Tonnen (40,8 Prozent) – Südafrika: 0,1 Millionen Tonnen (2,6 Prozent)
- **Vattenfall** (gemeinsamer Wert für Kraftwerke in den Niederlanden und Deutschland): Kolumbien: 1,4 Millionen Tonnen (20,4 Prozent) – Südafrika: 0,4 Millionen Tonnen (5,7 Prozent)
- **RWE** (macht keine Angaben zu konkreten Mengen): Kolumbien: 16,8 Prozent; Südafrika: 3,9 Prozent
- **Steag**: Kolumbien: keine Mengenangabe; Südafrika: 2 Prozent
- **Uniper** (Mengen und Lieferländer gelten für Uniper insgesamt, nicht nur für Deutschland): Kolumbien: 4,1 Millionen Tonnen (36,6 Prozent) – Südafrika: 0,7 Millionen Tonnen (6,3 Prozent).

Informationen zur Herkunft für die drei Hamburger Heizkraftwerke, die mit Steinkohle befeuert werden, gibt es nur für Moorburg. Laut der Website des Heizkraftwerks wurde hier 2016 Steinkohle aus Russland und den USA verfeuert.

Über die genauen Minen, aus denen die Steinkohle der Energieversorger stammt, erfährt man hingegen nur sehr wenig. Teilweise argumentieren die Stromversorger, es könne zu Wettbewerbsnachteilen führen, wenn die Namen der Lieferanten genannt werden. Steag informiert zumindest über den Lieferanten in Kolumbien (El Cerrejón). EnBW gibt mit Mpumalanga die Region in Südafrika an, aus der die Kohle kommt und nennt die drei Lieferanten in Kolumbien: So wie bei Steag ist es Cerrejón (in La Guajira), weitere Lieferanten sind Drummond und Prodeco/Glencore (in César). Drummond soll in der Vergangenheit Gewalttaten mitfinanziert haben,. Nach Aussagen ehemaliger Paramilitärs soll das Unternehmen jahrelang die Einheit Juan Andrés Álvarez finanziell sowie logistisch unterstützt haben und in die Ermordung mehrerer führender Gewerkschafter verwickelt gewesen sein – so ist dies im Bericht „The Dark Side of Coal“ (Utrecht 2014) der niederländischen Organisation PAX wie auch im 2016 erschienenen Bericht „La Maldita Tierra, Bogotá 2016“ des staatlichen Zentrums für Historische Erinnerung (Centro de Memoria Histórica) dargelegt.

„Bettercoal“: Eine Initiative ohne Wirkung auf Menschenrechte

Auf Menschenrechtsprobleme in den Abbaugebieten wie diese gehen die großen Energieversorger auf ihren Websites mehr oder weniger ausführlich ein. EnBW beschreibt beispielsweise auf einer eigenen Unterseite die Situation in Kolumbien und berichtet über Besuche vor Ort. Steag informiert lediglich kurz und knapp über den Umgang mit Umsiedlungen. Auf der RWE-Website findet man genauere Informationen nur im Nachhaltigkeitsbericht des Unternehmens.

Foto: Till Mayer / MISEREOR

La Guajira, Kolumbien

Immerhin haben die deutschen Energieversorger aber in den vergangenen Jahren angefangen, vor Ort Gespräche mit Minenbetreibern, Beschäftigten und NGOs zu führen. Vattenfall hat beispielsweise nach einem Besuch in Kolumbien einen umfassenden Bericht zur Situation vor Ort angekündigt. Der Vorstandsvorsitzende von Uniper war nach Hinweisen auf Menschenrechtsverletzungen, die in Zusammenhang mit Betreibern der Kohlebergwerke stehen sollen, im vergangenen Jahr ebenfalls in Kolumbien. Es habe daraufhin Gespräche mit der kolumbianischen Botschafterin in Berlin und dem deutschen Botschafter in Bogota gegeben. Die Vorwürfe seien dann in die Initiative „Bettercoal“ eingebracht worden. Konkrete Konsequenzen blieben jedoch aus.

Foto: Susanne Breuer / MISEREOR

Kinder in der Region eMalahlei nutzen Minen als Spielplatz und sind regelmäßig Kohlestaub ausgesetzt.

_Factsheet_Steinkohleimporte_1706.indd 3 27.06.17 10:15

Uniper, RWE und Vattenfall wollen durch ihre Mitgliedschaft in dieser internationalen Initiative, die Situation in und um die Minen verbessern. „Bettercoal“ wurde 2012 gegründet. Ende vergangenen Jahres lagen der Initiative nach Angaben von RWE für 26 Bergwerke Selbstauskünfte sowie die Ergebnisse von sechs Vor-Ort-Audits und einem Wiederholungsaudit im Rahmen eines vereinbarten Verbesserungsprozesses vor. Susanne Breuer, MISEREOR-Expertin für Energiefragen in Lateinamerika, kritisiert „Bettercoal“: „Über die Ergebnisse wird nur ganz allgemein informiert. Bisher wurde in noch keinem Fall ‚Handlungsbedarf‘ gesehen – und das obwohl es deutliche Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen im Umfeld des Kohlebergbaus in Kolumbien gibt – unter anderem in der Region César durch paramilitärische Gruppen. Auch wenn die genauen Zusammenhänge juristisch nicht nachgewiesen sind, müsste man diese Vorwürfe unabhängig prüfen lassen und bis zur Prüfung ggf. die Lieferbeziehungen aussetzen.“

Wie konsequentes Handeln aussehen kann, zeigte beispielsweise der dänische Energieversorger Dong Energy. Er zog bereits 2006 aus den Berichten, dass Drummond in

Foto: Oupa Nkosi

Die Menschen am Rande des Tagebau in eMalahleni sind Emissionen durch Kohlestaub täglich ausgesetzt.

die Ermordung mehrerer Gewerkschafter verwickelt gewesen sei, Konsequenzen und brach die Geschäftsbeziehungen zu dem Unternehmen ab. Im vergangenen Jahr hat Dong Energy auch die Lieferverträge mit dem kolumbianischen Kohleproduzenten Prodeco/Glencore nicht mehr verlängert.

MISEREOR fordert mit Blick auf Steinkohleimporte nach Deutschland deshalb:

- Steinkohleimporteure sollten regelmäßig die genaue Herkunft der importierten Steinkohle sowie die menschenrechtlichen Risiken und Folgen ermitteln und bewerten. Diese Folgenabschätzungen können sie einzeln oder in Kooperation mit anderen Akteuren vornehmen.

- Die Unternehmen sollten auf Grundlage ihrer Folgenabschätzungen in einen Dialog mit potenziell Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Expert/-innen eintreten. Ziel ist die Entwicklung und Umsetzung angemessener Maßnahmen zur Verhinderung negativer Auswirkungen sowie die Überprüfung der Wirksamkeit. Hierbei muss gewährleistet sein, dass die potenziell Betroffenen in der Lage sind, ihre Interessen unabhängig und auf Basis ausreichender Informationen zu vertreten (sprachliche und kulturelle sowie bildungsrelevante Besonderheiten müssen beachtet werden – ggf. besondere unabhängige juristische Unterstützung gewährleistet werden).

- Kohleimporteure müssen über die Herkunft ihrer Steinkohle – auch die Minen, die menschenrechtlichen Risiken und Auswirkungen, die ergriffenen Gegenmaßnahmen und deren Wirksamkeit regelmäßig in transparenter und zugänglicher Form berichten. Die Berichterstattung muss es gemäß Prinzip 21 der UN-Leitprinzipien erlauben, die Angemessenheit der Gegenmaßnahmen des Unternehmens zu bewerten.

- Die Importeure sollten die Geschäftsbeziehungen mit Bergbauunternehmen notfalls beenden. Dies sollten sie tun, wenn die vereinbarten Maßnahmen wiederholt nicht umgesetzt werden oder nicht die gewünschte Wirkung zeigen. Um dies in künftigen Projekten rechtlich zu erleichtern, sollten alle Verträge robuste Menschenrechtsklauseln enthalten.

- Zur Begrenzung des Klimawandels sollten die Energieversorger so schnell wie möglich – spätestens bis 2035 – aus der Energiegewinnung auf Basis von Steinkohle und anderen fossilen Rohstoffen aussteigen. Sie sollten die Kohleimporte entsprechend reduzieren und beenden. Stattdessen sollten die Energieunternehmen den Ausbau der Erneuerbaren Energie auch in Kooperation mit Partnerländern durch Investitionen unterstützen. Diese müssten ebenfalls allen menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten entsprechen.

Herausgeber: Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. · Mozartstraße 9, 52064 Aachen · **www.misereor.de**
Redaktion: Susanne Breuer · **Erscheinungsort:** Berlin, Juni 2017

_Factsheet_Steinkohleimporte_1706.indd 4 27.06.17 10:15